

II- 2318 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. März 1973 No. 1189/J

A n f r a g e

der Abgeordneten
und Genossen

Kraft, Kinzl
an den Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Sanierung verwaarloster Bundesgebäude.

Die seit geraumer Zeit geübte Praxis der krassen Unterdotierung der Bundesgebäude im Bereich der BGV I, das sind die Gebäude der Finanzverwaltung, der Gerichte, der Polizei und Gendarmerie, der Arbeitsämter usw., hat zu einer bedrohlichen und teilweise gefährlichen Verwaarloosung am Gebäudebestand geführt. Dies trifft besonders auch für die Gebäude in Oberösterreich zu. So haben die Wohnparteien des Beamtenstöckels im Kreisgerichtsgebäude Ried ihre berechtigte Klage mehrmals der zuständigen Dienststelle vorgetragen. In einer gemeinsamen Erklärung der Wohnparteien vom Oktober 1970 wird beispielsweise dringend gebeten, die morschen Fenster auszuwechseln, die sanitären Anlagen zu erneuern bzw. zu ergänzen und das Gebäude in einen entsprechenden Zustand zu versetzen. Zur Sanierung von insgesamt vier Wohnungen sowie des Gebäudes selbst ergibt sich ein Kreditbedarf von 400.000,-- S.

Diese Situation ist dem Bundesministerium für Bauten und Technik bekannt und dieses Ressort bemüht sich laut mündlicher Auskunft vergeblich beim Bundesministerium für Finanzen, eine Aufstockung des betreffenden Ansatzes zu erreichen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Bauten und Technik folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, die für die Sanierung des Kreisgerichtsgebäudes in Ried erforderlichen Mittel bereitzustellen?
- 2) Wenn ja, bis wann und in welcher Höhe?
- 3) Wenn nein, welche anderen Möglichkeiten zur Sanierung dieser verfallenen Gebäude sehen Sie?